

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Stellungnahme des erweiterten Beirats

zu den Problemen des Tages wurde in dreitägigen Beratungen (vom 28. bis 30. September) niedergelegt. Die Geschäfte des Verbandes, die organisatorischen und faktischen Fragen wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen und wichtige Beschlüsse gefasst. Die Schlagfertigkeit unserer Organisation ist durch die Beratungen erneut sichergestellt und sie wird noch erhöht, wenn die Mitglieder mit demselben Ernst an die gegenwärtig zur Tagesordnung stehenden Fragen herantreten und die Beschlüsse, die gefasst wurden, mit Eifer und Geschick vertreten und zu verwirklichen suchen. Zur Krise und den wirtschaftspolitischen Problemen und der daraus entspringenden Taktik wurde nachstehende Entschliessung gegen sieben Stimmen angenommen:

In Übereinstimmung mit der vom Vorstand eingenommenen Haltung und den von ihm vorgetragenen Richtlinien hebt der erweiterte Beirat mit besonderem Nachdruck hervor:

Es ist zwingende Pflicht der Organisation, ihrer einzelnen Organe und ihrer Mitglieder, sich vertraut zu machen mit den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Problemen, die die herrschende Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Tiefe heraus und zu gesünderen Zuständen führen. Das muß durch die Verwirklichung des Sozialismus geschehen. Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, Träger des wirtschaftlichen Umstellungsprozesses zu einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft zu sein.

Auf dem Wege zu diesem Ziel sind es die Gewerkschaften, die ihre ganzen Machtmittel einsetzen müssen sowohl in den entscheidenden Machtkämpfen zwischen Kapital und Arbeit, wie in stetem Kampf gegen die Politik der Regierung und der hinter ihr stehenden, kapitalistischen Interessen vertretenden Parteien, deren verderbliche Politik zu immer unerträglicheren Zuständen führt.

Die Zuspitzung der wirtschaftspolitischen Verhältnisse zwingt das Proletariat zu einheitlichen machtvollen Aktionen. Den Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, die Führung dieser planmäßig vorzubereitenden und einheitlich durchzuführenden Aktionen zu übernehmen. In diesem Sinne wirkt unsere Organisation innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sollen jedoch diese notwendigen Aktionen des Proletariats von Erfolg getragen sein, dann müssen die Gewerkschaften als einheitliche, geschlossene Kampfesglieder ausgebaut und erhalten werden. Alle Verbandsmitglieder haben die Pflicht, jeden Versuch einer Zersplitterung der gewerkschaftlichen Einheitsfront, von welcher Seite er auch kommen möge, auf das Schärfste zurückzuweisen.

Der erweiterte Beirat weist ferner hin auf die immer wieder in Erscheinung tretenden, ohne Verständigung und unter Ausschaltung der Gewerkschaften planlos inszenierten Streiks, die die Interessen der Arbeiter aufs empfindlichste schädigen und denen unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Sollen die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse erfolgreich sein, so müssen sie planvoll vorbereitet, durchgeführt und getragen sein von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse, den freien Gewerkschaften.

Der erweiterte Beirat fordert die gesamten Mitglieder im Lande auf, in diesem Sinne zu wirken.

Der Christliche Metallarbeiter-Verband und das Wohl der Arbeiterschaft

Vor einigen Wochen fand in Essen eine Generalversammlung des Zentrumsmetallarbeiterverbandes statt. Wie immer, wurden auch auf dieser Tagung schwulstige Reden gehalten, die im Sinne des Zentrums die modernen Zeitprobleme zu beleuchten suchten. Behördenvertreter der mannigfaltigsten Art traten vor die Kampe und erteilten unserm kleinen schwarzen Bruder ihren Segen. Sogar Minister (Giesberts) ließen es sich nicht nehmen, herbeizujellen, um Glück zu weiteren Erfolgen zu wünschen. Der Hauptredner des Kongresses war natürlich wie immer Franz Wieber. Es gibt selten einen Menschen, der die angeblichen Leistungen seiner Organisation so in bengalischer Beleuchtung vorzuführen weiß, als Wieber. Wenn einer durch die Revolution und vor allem durch den entscheidenden Krieg in seinen vorstuflichen Gedankengängen nicht gestört wurde, dann ist es Wieber.

Wenn dieser Führer des christlichen Verbandes in der Generalversammlung ausruft: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung stand stets mit Überzeugung auf dem Boden der monarchischen Staatsform“, so spricht er unseres Erachtens nichts Neues aus, denn wir haben die christlich organisierten Arbeiter nie anders als den verblödeten Arbeiteranhang der reaktionären Parteien betraut. Aber wenn Wieber hinzufügt, daß die christlichen Arbeiter noch nie mit Handgranaten gearbeitet hätten, so vergißt er wohl den Krieg, von dem diese Handgranaten, geschleudert von Katholiken gegen Katholiken, von Geistlichen seiner Konfession gesegnet wurden. Recht hat Wieber allerdings, wenn er ferner sagt, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften weder eine Revolution gewollt, noch eine „gemacht“ hätten. Dennoch begrüßten mit uns im November 1918 viele Anhänger der schwarzen Gewerkschaften die Erzeugnisse der Revolution, vor allem die gesetzliche Verankerung des Achtstundentages. Aber hiermit berühren wir ein eigenartiges Gebiet.

Franz Wieber hat auch diese Tagung nicht vorbegehen lassen, ohne seine Segnerschaft zu dem „schematischen Achtstundentag“ laut und deutlich zu verkünden. In dem offiziellen Bericht heißt es über den Teil dieser Rede:

„Am noch ein Wort zum schematischen Achtstundentag. Wir waren die ersten, die für den Achtstundentag in der schweren Industrie eingetreten sind, aber wir können nicht einsehen, daß dieses für alle schematisch gleich sein muß, und da spreche ich aus, was ich schon früher ausgesprochen habe und was mir vielleicht verübelt worden ist. Wir können den schematischen Achtstundentag bei der heutigen Lage unseres Vaterlandes kaum ertragen, denn all die Hunderttausende, die heute, sagen wir einmal, im gewissen Sinne nur Anwesenheitsgelder bekommen, müssen durch die anderen erhalten werden, für die müssen die Schwerarbeiter durch ihre Arbeit eintreten. Ist das vielleicht Recht? Der Feuer- und Güttenarbeiter steht von morgens bis zur Abenddämmerung der Schicht vor der Glühbirne des Ofens, auf der andern Seite steht irgend jemand, nun, der hütet die Tür oder er dreht auch alle drei bis vier Stunden die Eisenbahnbarriere zu. Wer das als Recht ansieht, der kann ein Sozialist sein, aber vom christlichen Standpunkt aus ist das kein Recht. Da wird das scheinbare Recht zum schreienden Unrecht und gerade die Arbeiter, auch die, die bis zum Schluß an der laufenden Maschine stehen, haben ein großes Interesse daran, daß mit diesem Erlaß, den damals die sogenannten „Vollbeauftragten“ erlassen haben, sobald wie möglich aufgehoben wird. Diese Erläuterung wird auch in allen Arbeiterkreisen früher oder später ganz von selbst kommen.“

Dieser Bericht ist für die Öffentlichkeit bestimmt und — nachdem unsere Essener Kollegen durch eine gewaltige Demonstration eingeleitet — entsprechend feiert. Die Blätter des Ruhrgebietes berichten

darüber wesentlich anders. So berichtet der „Essener Anzeiger“, ein den christlichen Gewerkschaften nicht feindlich gegenüberstehendes Blatt: „Das bischen (!) Freiheit, was wir durch die Revolution eingehandelt haben, wiegt nimmermehr das verhängnisvolle Geschenk des Achtstundentages auf.“

Ähnlich haben eine ganze Reihe Blätter berichtet. Da diese Äußerungen unsern Brüdern in Christo nachher sehr unangenehm wurden, haben sie, echt christlich, diese Worte abzuleugnen versucht. Doch haben nachträglich einige Blätter, darunter die „Essener Arbeiterzeitung“, ausdrücklich das Berichtete aufrecht erhalten. Der „Vöckumer Anzeiger“, der den Bericht wie oben ebenfalls gebracht hatte, sieht sich in Nr. 197 deshalb noch einmal zu folgender Feststellung veranlaßt:

„Zu den Auseinandersetzungen, die sich an die Ausführungen des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber auf dem Essener Metallarbeitertag geknüpft haben, schreibt uns unser Essener S-Berichterstatter, daß er sich in seinem Bericht streng an die Ausführungen Wiebers gehalten habe. Eine mißverständliche Auffassung könne schon deshalb nicht in Frage kommen, weil die Ausführungen Wiebers so bemerkenswert gewesen seien, daß er bei der Wiedergabe doppelt vorsichtig zu Werke ging. Auch anderes spreche dafür, daß er den Sinn der Rede richtig erfaßt habe, so z. B. die Ausführungen des Gewerberatens Schröpf, der als Vertreter der Gewerbeaufsichtsbehörde nach Wieber sprach und wörtlich sagte: „Ich muß erklären, daß ich es nicht für möglich gehalten hätte, daß die Vorsitzenden der Arbeitermassen so offen und ehrlich ins Gesicht zu sagen, daß die Löhne im Verhältnis zu den anderen Berufen zu hoch sind und daß der Achtstundentag vom Abel ist. Sie sind mit diesen Wahrheiten auf dem rechten Wege.“

Daß ein angeblicher Arbeiterführer den geborenen Segnern des Achtstundentages im Unternehmerlager so wertvolles Material liefert, ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Eine Hebung der Produktivität wird notwendig sein, namentlich dann, wenn ein schrittweiser Abbau der kapitalistischen Produktionsform erfolgt. Aber niemals kann diese Vermehrung der Produktion in der Form einer Verlängerung der Arbeitszeit geschehen. Eine Vereinfachung und Verbesserung des Produktionsprozesses an sich wird eine ungeheure Steigerung der Produktion zur Folge haben. Das erkennen nicht nur wir, sondern auch bürgerliche Nationalökonom. So schreibt Dr. E. Bernhards in der Zeitschrift „Der Arbeitnachweis in Deutschland“ Nr. 23:

„Verlängerung der Arbeitszeit verbürgt noch keine entsprechende Steigerung der Leistung. Es ist eine in der Industrie bekannte Tatsache, daß Überstunden auf die Dauer die Gesamtleistungen nicht neuwertwert steigern können... Mergends ist etwa ein Zeichen aufgetreten, daß die italienische Textilindustrie mit ihren längeren Arbeitszeiten dem Schweizer Textilgewerbe Abbruch getan hätte. Umgekehrt haben einzelne Arbeitgeber, die bei schlechtem Geschäftsgang ihre Produktion durch Verringerung der Arbeitszeit einzuschränken gedachten, wider Erwarten das Gegenteil erreicht. So konnten z. B. in einer Weberei, deren Arbeitslag regelmäßig auf 7 1/2 Stunden herabgesetzt wurde, fast die gleichen Verdienste erzielt werden, da die Ausnutzung der Beschäftigten von 56 auf 66 v. S. stieg. Der Arbeitsprozeß ist nämlich allgemein von zahlreichen kleinen Pausen durchsetzt, die je nachdem verkürzt werden oder völlig verschwinden können... Ein wertvoller sozialpolitischer Fortschritt wie der Achtstundentag darf erst aufgegeben werden, nachdem alle übrigen Möglichkeiten, die Arbeitsleistung zu steigern, erschöpft sind; bisher kann hiervon indessen noch keine Rede sein.“

So urteilt ein bürgerlicher Vertreter der Volkswirtschaft. Demgegenüber hätte man das Geometrische dieser Feststellungen

Achtstundentag. Ist erst einmal die gesetzliche Normierung des Achtstundentages durchbrochen, dann gibt es kein Halten mehr, auch nicht für die Feuerbetriebe, für die Wieber angeblich sich so ins Zeug legt. Deshalb, Metallarbeiter, verteidigt den Achtstundentag! Seht den verstockten und offenen Feinden auf die Finger!

Eine Unverfrorenheit sondergleichen ist es, wenn Wieber sagt, der christliche Metallarbeiterverband habe als erster die Forderung des Achtstundentages erhoben. Lange, ehe die Interessenten der christlichen Gewerkschaften als Gegenpol der freien Arbeiterorganisationen aus der Taufe zu heben, ist in Programmen der sozialistischen Parteien diese Forderung erhoben worden. Schon in den sechziger Jahren nahm eine Gewerkschaftskonferenz diese Forderung an. Auf dem internationalen Sozialistenkongress 1890 wurde die Forderung des Achtstundentages als eine Notwendigkeit für die Arbeiter der ganzen Welt festgestellt und beschlossen, zur Propagierung und Erbringung dieser Kulturforderung alljährlich am 1. Mai öffentliche Welt demonstrieren zu veranstalten. Nun kommt im Jahre 1920 ein Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes her und behauptet, der christliche Metallarbeiterverband hätte im Jahre 1904 (Merke wohl! 1904!) diese Forderung zuerst erhoben. Wahrlich ein starkes Stück!

Daß Wieber sich auch das Schlagwort von Antweseheltsgeldern zu eigen macht und die heutigen Löhne als ausreichend erklärt, soll nur noch so nebenbei als Illustration erwähnt werden. „Zur Frage der Sozialisierung“, bemerkt Wieber, „steht mir auf dem Standpunkt, daß jedes Wirtschaftssystem seine Licht- und Schattenseiten hat. Dem Ruf: Kampf dem Imperialismus und dem Kapitalismus und dem Kapitalismus können wir nicht vorbehaltlos zustimmen.“ Fertig, Punkt! Damit ist das größte aller Probleme für den Mann erledigt.

Alles in allem sollte der Kongress des christlichen Metallarbeiterverbandes allen Arbeitern zeigen, was sie von dieser Organisation zu erwarten haben. Unsere Kollegen in den schwarzen Gegenden sollten sich das billige Agitationsmaterial, das ihnen Wieber in freigelegter Weise geliefert hat, nicht entgehen lassen, sondern es in jeder Werkstatt und in jeder Versammlung entsprechend verwenden. Auf zur Agitation!

Das Problem der Sozialisierung des Kohlenbergbaus

Nach viermonatlicher Arbeit hat die Sozialisierungs-Kommission einen neuen Bericht verfaßt. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 16. September bringt diesen Bericht. In den Ausführungen dieses Berichts ist besonders bemerkenswert die Kritik, die die Minderheit der Kommission an der bisherigen Gesetzgebung übt. Es heißt dort:

„Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen auf das deutlichste, daß die Organisationen, welche das Kohlenwirtschaftsgesetz (vom 23. März 1919, Reichsgesetzblatt Seite 342) geschaffen hat, keine Sozialisierung in sich schließen. Der Reichskohlenverband wirkt lediglich als eine Geschäftstelle der Syndikate. Der Reichskohlenrat hat weder Kompetenzen noch Organe, welche in die Kohlenwirtschaft direkt eingreifen könnten. Das zeigen am deutlichsten die Verhandlungen über die Bestimmung der Preise. Aus den Protokollen des Reichskohlenverbandes geht zur Evidenz hervor, daß die Regierung in diesem „Selbstverwaltungskörper“ in einem völlig aussichtslosen Kampf mit den Syndikaten verhandelt. Die Syndikate machen meist einen Vorschlag, der im Reichskohlenverband diskutiert und etwas gemildert wird, das antragstellende Syndikat stimmt dieser Abänderung sofort zu. Derart kommen die einzelnen Beschlüsse des Reichskohlenverbandes einseitig zustande. Dem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums bleibt keine andere Möglichkeit, als gegen den Beschluß Einspruch zu erheben. Davon macht er oft Gebrauch. Hierbei kann er sich jedoch lediglich auf seine Selbstkostenberechnungen stützen. Auch wenn diese Berechnungen nach jeder Richtung hin zutreffen, so ist damit doch wieder nur das Prinzip der Kriegswirtschaft, Selbstkosten plus Gewinn, akzeptiert, welches entweder (bei unzureichender Produktion) eine Rentengarantie für den Bergbau in sich schließt, ja geradezu teure Produktion prämiiert, oder (bei Wirkfamkeit der ausländischen Konkurrenz) sich selbst ad absurdum führt. Jedenfalls liegt darin weder eine wirksame Kontrolle, noch eine Möglichkeit, die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Produktion zur Geltung zu bringen. Der Einspruch des Reichswirtschaftsministeriums ist eine zu scharfe Waffe, sie stumpft daher leicht ab. So herzt heute ein vollkommen unbefriedigender Zustand, und zwar geht aus den Protokollen des Reichskohlenverbandes hervor, daß früher (etwa bis Anfang 1920) das Reichswirtschaftsministerium noch in der Lage war, seinen Willen in der Preisfestsetzung durchzusetzen zur Geltung zu bringen. Späterhin aber haben die Syndikate ihre Preispolitik mit neuen Argumenten gestützt (Preis-erhöhung für die Finanzierung der Arbeiterbestellungs- und Erweiterungsbauarbeiten), gegenüber denen sich das Reichswirtschaftsministerium nicht mehr durchsetzen konnte. Insbesondere war für das Ministerium dadurch eine schwierige Lage gegeben, daß die Arbeitervertreter immer die Anträge der Syndikate unterstützten, weil diese die Lohnerhöhungen nur unter der Voraussetzung von Preis-erhöhungen zusagten. So sehen sich auf die Dauer die Forderungen der Interessenten durch. Noch weniger kann im Reichskohlenrat, in welchem zwar auch die Konsumenten zum Wort kommen, eine Wahrnehmung der allgemeinen Interessen erfolgen. So haben die Vertreter des Kohlenbergbaues dem Reichskohlenrat das Recht bestritten, über die Preise im einzelnen zu bestimmen. Der Reichskohlenrat habe lediglich, hieß es, die Grundzüge für die Preisbildung aufzustellen. Da nun bisher infolge der übergroßen Knappheit eine Rationalisierung der Kohlenherzeugung (etwa im Sinne von Stilllegung oder Zusammenlegung) nicht in Frage kommt, im Gegenteil jede noch so unergiebige Anlage abgebaut werden muß, sofern Arbeitskräfte, welche auf ergiebigeren Feldern nicht verwendet werden können, zur Verfügung stehen, so war auch eine Tätigkeit des Kohlenrates zur zweckmäßigsten Gestaltung des Kohlenbergbaues bisher nicht möglich. Er hätte also höchstens im Sinne einer Verlangsamung der Preis-erhöhung wirken können. Aber auch dies ist ihm nicht gelungen. Eine Annäherung an normalere Preisverhältnisse, sei es durch Erreichung der

Zur Schulung der Betriebsräte

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer um die Vormachtstellung im Betrieb ist durch Schaffung des Betriebsrätegesetzes in der Vorbergründung gestellt worden. Aber da das Betriebsrätegesetz das volle Mitbestimmungsrecht nicht gewährt, ist es notwendig, alle anderen den Betriebsräten zugestandenem Rechte so zu nutzen, daß wir diese Rechte nach Möglichkeit überbrücken. Dies kann zum Teil geschehen durch Ausnutzung der für uns günstigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, genaueste Kenntnis derselben sowie genaueste Kenntnis des Betriebes in allen seinen Einzelheiten. Damit ist nicht gesagt, daß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht aufgegeben werden soll, sondern daß wir den vorläufig gegebenen harten Tatsachen mutig gegenüberstehen und darum mit um so größerer Energie alle anderen Faktoren nutzen, um dennoch als Betriebsrat das Heft in die Hände zu bekommen.

Das wird eben solange scheitern müssen, bis die Betriebsräte und ihre Wähler erkannt haben, daß wir nicht nur allein durch Gesetz herrschen können, sondern auch durch geistige Ebenbürtigkeit der Unternehmer zwingen müssen, uns das gebührende Feld einzuräumen. Es gilt also, aus der Arbeiterschaft die geistige Intelligenz zu beschließen, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten hat. Für den Beschäftigten gibt es kein Ablehnen, sondern ein eisernes Muß. Nur wenn die Befugnis des Betriebsrates in dieser Art und Weise die genügende Garantie bietet, wird dessen Arbeit im Verein mit seiner Gewerkschaft von Erfolg getränkt sein. Es wird dann nicht mehr vorkommen, daß die Unternehmer erklären: „Solange ich mit solchen Betriebsräten zu tun habe, wird mir das Betriebsrätegesetz nicht gefährlich werden.“ Es ist eben den Unternehmern noch möglich, dies zu behaupten, weil es zum größten Teil zutrifft. Weil der Betriebsrat es nicht übersehen kann, daß der Unternehmer zum Beispiel die Summen für Material, Lohn, Betriebskosten, Selbstkosten, Handelskosten zu hoch angelegt hat, liegt hierin die große Gefahr, daß eventuell gestellte Forderungen unter den Tisch fallen, denn die Angaben des Unternehmers über die Rentabilität des Unternehmens können in der Regel vom Betriebsrat nicht widerlegt werden.

Daraus erwächst klar die Erkenntnis und für die Gewerkschaften die Pflicht, die Betriebsräte mit allem geistigen Rüstzeug der sozialen Betriebslehre und der modernen Betriebswissenschaft vertraut zu machen. Diese Aufgabe zu lösen, erfordert Zeit und Geld und beides muß seitens der Gewerkschaften gebracht werden. Die aufgewendete Zeit und das Geld werden nie als Minuspunkten, sondern als gut angelegte Kapitalanlage erscheinen, die reiche Zinsen trägt.

Das Programm, das hierfür aufgestellt werden muß, ist möglichst einheitlich und sachlich gewissenhaft zusammenzustellen. Im folgenden seien die Hauptpunkte skizziert, die bei der Schulung der Betriebsräte in Vorbergründung gestellt werden müssen, wobei die bestehenden Besprechungen dem psychologischen Verständnis der Betriebsräte möglichst anzupassen sind. Entnommen sind diese Punkte dem am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster stattgefundenen Betriebsräte-Konferenz, an dem Vertreter der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Textilarbeiter teilnahmen. Das Hauptthema war: „Soziale Betriebslehre“ und gliederte sich in folgenden Einzelheiten: Betriebswirtschaft und Betriebswissenschaft, Moderne Betriebsführung, Die Maschine im Wirtschaftsleben, Maschine und Arbeiter, Das Kalkulationswesen, Betriebskontrolle und Lohnstatistik, Taylorsystem und Arbeiterfrage, Arbeitspsychologie und Berufsberatung, Rationelle Typisierung der Produktionswirtschaft, Das Unternehmertum und die Sozialisierungsfrage. Dazu der weitere Hauptfaktor, die Lehre vom Aufbau der Volkswirtschaft und damit die Veranschaulichung der in diesem System wirkenden Kräftegruppen. Weiter gehörte zum Lehrplan die privatwirtschaftliche Ausbildung bei Buchhaltung und Bilanz, als auch die volkswirtschaftliche Ausbildung über die Unternehmungsformen, wodurch das erst gezeichnete Bild praktisch ergänzt wird.

Unter Heranziehung der vergleichenden Wirtschaftstafeln, die von Herrn Prof. Plenge und Ingenieur-Wolbitz in der scharfsinnigsten Weise zur besseren Erkenntnis der darin ringenden vielgestaltigen Kräftegruppen gezeichnet sind, wurde die Schulung der Betriebsräte durch den Anschauungsunterricht bedeutend erleichtert und gefördert. Nur müssen wir uns in der Durchführung von zwei Voraussetzungen leiten lassen: einmal die Schulung dem wirtschaftspsychologischen Verständnis der Kollegen anzupassen, zum andern das Wirtschaftsgebiet mit den einzelnen Industrien bei den Betrachtungen besonders beachten. Weiter sei bemerkt, daß dieses Programm das Allermindeste darstellt und nur folgerichtig erweitert und das bringt, was wir erstreben: den mit allen Kräftegruppen arbeitenden Unternehmern einen gleichartig arbeitenden Betriebsrat gegenüberzustellen. Betrachten wir dieses Programm und halten wir das von uns aufgestellte Endziel vor Augen: die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft, so ergibt sich von selbst, daß bei dessen Verwirklichung die Überlegenheit des Unternehmers verloren geht.

In welchem Tempo letzteres geschieht, hängt selbstverständlich von der mehr oder minder schneller Aneignung der Sach- und Fachkenntnisse seitens der Betriebsräte ab. Erkennen wir weiter an, daß wir der Entwicklung nicht immer so schnell gefolgt sind, wie das notwendig gewesen wäre, und versuchen wir durch Anspornung aller Kräfte das Versäumte nachzuholen, so leisten wir unseren Kollegen den größten Dienst. Auch wir müssen erkennen, daß wir die Hilfsmittel der modernen Betriebswissenschaft nicht mehr entbehren können, denn nicht nur Kapital bedeutet Macht, sondern auch „Wissen ist Macht“. Versuchen wir, uns der Ergebnisse dieser Wissenschaft mehr zu bedienen, den Kampf mit geistigen Waffen durchzuführen, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Fr. Herrmann (Remscheid).

Was will das Unternehmertum?

Diese Frage wird ohne weiteres angeht ein jeder Vorgänge der letzten Zeit akut und wollen wir darum nicht verfehlen, einmal ein Beispiel der letzten Zeit hier anzuführen: die Vorgänge beim Ottenfener Eisenwerk. Das Werk hatte es für nötig befunden, an hiesige Tageszeitungen einen Bericht einzufügen und darin besonders zu betonen, daß der Arbeiterrat sich über das Betriebsrätegesetz hinwegsetze und somit eine gräßliche Mißhandlung begangen habe. Das hat aber die Firma nicht abgehalten, ganz einfach durch Anschlag zu erklären, daß die Lohnperiode um einen Tag früher verlegt worden ist. Diese Maßnahme wurde von der Firma getrippt, ohne gemäß § 78 Ziffer 2 W.G. den Arbeiterrat heranzuziehen. Im übrigen erscheint uns dieser Anschlag so wichtig, daß wir ihn in seinem ganzen Wortlaut folgen lassen.

Bekanntmachung!

Nachdem die mit der Verlegung eingetretene Differenzen von dem Schlichtungsausschuß Altona dadurch beigelegt worden sind, daß die Mitglieder des Arbeiterrats, soweit sie den Abteilungen für Dampfmaschinen und Schraubenfabrik angehören, das von ihnen geübte Verhalten als eine gräßliche Mißhandlung anerkannt, ihr Mandat als Arbeiterratsmitglieder niedergelegt und eine eventuelle Neuwahl nicht anzuerkennen erklärt haben, machen wir hierdurch bekannt, daß der Betrieb morgen Freitag vormittag um 6 beziehungsweise 7 Uhr wieder eröffnet wird und fordern die Belegschaften auf, die Arbeiten zu diesem Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Maßregelungen erfolgen nicht. Wer sich bis morgen abend 6 Uhr nicht zur Arbeit gemeldet hat, gilt als entlassen. Eine Bezahlung findet für die Zeit der Störung, das heißt vom Dienstag den 7.9. früh bis Donnerstag den 9.9. abends nicht statt, mit Ausnahme der im jetzigen Vertragsverhältnis stehenden Belegschaften und Kolonate. Weiterhin machen wir bekannt, daß der Lohnwucherschuß von heute ab um einen Tag früher gelegt wird. Die Lohnperiode dauert mithin von Mittwoch früh bis Dienstag abend, die Lohnzahlung erfolgt wie bisher am Freitag unmittelbar vor Arbeitsbeginn. Wir erwarten von den neuen Mitgliedern des Arbeiterrats, daß sie ihr verantwortungsvolles Amt unter Beobachtung der im Betriebsrätegesetz niedergelegten Rechte und

Pflichten ausüben. Eine Freistellung von Mitgliedern des Arbeiterrats von der Arbeit erfolgt grundsätzlich nicht mehr. Wir richten schließlich an die besonnenen Elemente, insbesondere den alten Stamm unserer Belegschaft die dringende Mahnung, dafür einzutreten, daß im Betrieb Ruhe und Ordnung herrscht und die im Interesse des Vaterlandes dringend erforderliche Stetigkeit und Förderung des Produktionsprozesses in Zukunft nicht gestört wird. Alle dahingehenden Maßnahmen werden von uns mit allen Kräften unterstützt werden.

Altona, den 9. September 1920. Ottenfener Eisenwerk (Unterschriften).

Zweck dieser Zeilen ist, was schon oben gesagt wurde, einmal die dunklen Gedankengänge des Unternehmertums aufzudecken, und wenn das hier auch nur in kleinem Maße gelungen ist, so zeigt es der Arbeiterschaft doch schon zur Genüge, wohin die Arbeitgeber steuern. Sie wollen die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie in Konflikt treiben, um dann nach erfolgter Betriebsschließung nicht nur eine Auswahl unter der Arbeiterschaft selbst vornehmen zu können, sondern auch womöglich noch unter Bruch des vorhandenen Tarifverhältnisses „in Betracht der wirtschaftlichen Lage“ von der Arbeiterschaft zu verlangen, daß sie die Arbeit zu einem geringeren Lohn aufnimmt oder, wie es andererseits zum Ausdruck kommt, für denselben Tagesverdienst neun Stunden arbeiten. Hier heißt es für die Arbeiter Augen und Ohren offen halten, um zur rechten Zeit die Maßnahmen der Arbeitgeber parieren zu können. W. P.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 10. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Oktober 1920 fällig.

Für den Bezirk Köln a. Rh. wird zum baldigen Antritt ein Bezirkssekretär

gesucht, welcher mit den Einrichtungen unseres Verbandes vollständig vertraut sein muß und eine mehrjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 25. Oktober 1920 mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adolfsstr. 16.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Göttingen	80	65	25	42. Beitragswoche.
Grün	130	—	—	42. „
Helgoland	80	—	—	40. „
Kentwich	80	80	50	42. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:

Der Schlosser Wilhelm Schäfer, geb. am 6. August 1870 zu Gaderleben, Mitgliedsbuch Nr. 3.33353. Schäfer wurde in Nr. 46/1911 für nicht wieder aufnahmefähig erklärt und hat unter Verschweigung dieser Tatsache die neue Mitgliedschaft erlangt.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Lübeck:

Der Metallarbeiter Georg Kehler, geb. am 11. April 1875 zu Bohr a. Main, Mitgliedsbuch Nr. 3.758244, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Trier:

Der Bergmann Anton Scheid, geb. am 21. Februar 1897 zu Idenheim, Mitgliedskarte Nr. 238719, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Wieder angenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Bremen:

Der Dreher Paul Händler, geb. am 14. September 1873 zu Werseburg (2915).

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Chemnitz:

Der Metallarbeiter Martin Günther, geb. am 20. Dezember 1873 zu Niederzöbich, Mitgliedsbuch Nr. 3.799055, wegen Verstoß gegen die Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:

Der Batteriewärter Ernst Wietke, geb. am 27. September 1879 zu P., Mitgliedsbuchausweis Nr. 191429, nach § 22 Abs. 1c; der Klempner Richard Wenk, geb. am 8. Juli 1879 zu Gastrom, Mitgliedsbuchausweis Nr. 201660, wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Hamburg:

Der Dreher Heinz Müller, geb. am 9. September 1877 zu Karikinen, Buch Nr. 1.478366, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin:

Der Schlossermeister Arthur Rauch, geb. am 20. März 1900 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 3.304790, wegen unkollegialem Verhalten.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 3.748084, lautend auf den Gärtler Erwald Matthes, geb. am 6. Februar 1888 zu Ludenwalda. (Ludenwalda.) Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

- von Drahtwebern nach Haguhn D;
 - von Formern und Gießereiarbeitern nach Schlingen (Schlinger Maschinenfabrik) R; nach Neuß bei Düsseldorf (Rhein-Westf. Gießereibei) D;
 - von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz u. nach Leipzig D;
 - von Graveuren und Ziseleuren nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R.-A. nicht unterstehen) D;
 - von Feigungsmechanikern, Feilsmonteurern und Helfern nach München S;
 - von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Kinkel) D; nach Bremen L; nach Danzig S; nach Elbing D; nach Wehringen in Thüringen (Fa. Spann) D; nach Sommerda in Thüringen (Rheinisch-Westfälische Metallwarenfabrik) R.
- R = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. S. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; W. = Währungs- u. Auslieferung.

Aufruf

der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam gegen den auf dem Moskauer Kongreß beschlossenen Aufruf der Kommunisten, den „Internationalen Rat der Fachverbände“.

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unsinnigen Angriffe zu verteidigen, die von etlichen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut aufbringen, ihren Namen darunter zu setzen.

Immerhin soll darauf hingewiesen werden, daß dieser sogenannte „Internationale Rat der Fachverbände“ in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwindel und Bluff. Das geht schon aus der Umfassung hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 18 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymen Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armelige Ignoranten, die von den Grundtatsachen, der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Beschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt liefert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Körperschaften stets streng gewahrt und er hat sich, wenn dies nötig war, gegen ihn gewendet, und er wird es auch weiter tun, wenn das Interesse der Arbeiter es erheischt.

Die Beschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machtlos und eine Organisation von Gelben und Verrätern sei, wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerbund verpflichtet, dem deutschen und österreichischen Volk dieselben Rechte zuzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger umkamen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund für Nahrung gesorgt und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Boykott über dieses Land verhängte. Und als infolge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich der Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und anderem Kriegsmaterial verhinderten.

Einzig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit begnügen, Manifeste herauszugeben und sogenannte revolutionäre Reden zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Instruktionen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Befreiung der Arbeiter vom Joch ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischen Zwecke willen zu entzweien, den proletarischen alten Schlachtruf entgegenstellen:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

W. A. Appleton, Vorsitzender.

L. Jouhaux, I. Wigvorst, C. Mertens, 2. Vizevors.

Edo Jimenez, J. Dubageest, Sekretäre.

Proletarier aller Länder, helft uns!

Seit August 1919 retten sich die vom weißen Terror in Ungarn erbarungslos verfolgten Scharen von Männern, Frauen (die Mitglieder proletarischer Organisationen waren), Kindern, Greisen und Säuglingen, die irgendwo mit der proletarischen Revolution in Verbindung gebracht werden können, ununterbrochen nach Wien als der ersten Hilfsstation in Europa. Die Hieb-, Stich- und Wund- und in auf ihren verhungerten und entkräfteten Körpern, die Knochenbrüche usw. zeugen dafür, daß die Leiden, von denen sie berichten, grenzenlos und unbefriedigt sind. Mit Aufhebung des Weltboykotts hat ein noch stärkeres Zustromen der politisch Verfolgten nach Wien eingesetzt. Zumeist ohne Ausweispapiere, ohne Geld, ohne Lebensmittel, ohne Kleider, Wäsche, Schuhe, festlich und körperlich gebrochen von der Schmach, die man ihnen in Kaffee-, Flecken- und Internierungslagern angetan, langen sie an und — nur minimale Hilfe kann ihnen geboten werden. Ihre Zahl ist so groß und wird immer größer, so daß trotz der größten Aufopferung des österreichischen Proletariats die Mittel der Wiener Wohlfahrtsaktion in zwei Wochen gänzlich erschöpft sein werden.

Die Wohlfahrtsaktion hat bisher fast eine halbe Million Kronen an Sozialisten und Kommunisten ohne Unterlaß der Richtung ausgegahlt. Hilft das internationale Proletariat nicht rasch und ausgiebig, so verfallen die Flüchtlinge dem größten Elend, denn die Wohlfahrtsaktion müßte sich — ohne Mittel — auflösen. Es gilt, den Flüchtlingen auf allen Gebieten zu helfen. Ernährung, Bekleidung, Arbeitsmöglichkeit, Weiterreise, Gesundheitsfürsorge, Gesundheit und moralische Hilfe, dessen bedürfen die Flüchtlinge schmerzhaft. Ein strenger Winter naht und tausende Flüchtlinge frieren schon im kältesten Herbst in zerfallenen Sommerkleidern, sind ohne Schuhe. Fast allen Berufsgruppen angehörig, sind die Flüchtlinge bereit, überall hin zu reisen, wo sie, im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsbüro, Arbeit welcher Art immer bekommen können. Deshalb bitten wir

alle Arbeitenden, alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Welt und alle Zeitungen des Proletariats, gleichwie welcher Richtung sie angehören, sowie alle gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsbüros, der unterfertigten Wohlfahrtsaktion, die zwischen hungernden und bedürftigen Genossen aller Nationen keinen Unterschied macht, überall durch Sammlung ihrer schweren Arbeit zu erleichtern und sowohl Geld und Lebensmittel als auch erhebliche Mäße, Kleider, Schuhe usw., endlich Nachrichten über Arbeitsmöglichkeiten an unterliegende Adressen gelangen zu lassen.

Proletarier aller Länder, helft uns!

Für das österreichische Komitee der Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn: Theresie Schlegelinger, Vorsitzende, Richard Schwarz, Sekretär, Ferdinand Skaret, Parteisekretär, Anton Jenschil, Kassier.

Alle Sendungen sind an die Wohlfahrtsaktion für Flüchtlinge aus Ungarn, Wien V., Rechte Wienzeile 17, zu richten. Um Nachdruck in allen Partei- und Gewerkschaftsblättern wird dringend ersucht.

Berichte

Metallarbeiter.

Duisburg-Hochfeld. Als im Juni dieses Jahres auf der Friedrich-Alfred-Gütte eine direkte Aktion einsetzte, beschloß die Arbeitergemeinschaft, daß der Betriebsrat nicht allein verhandeln darf. Darauf blieb dem Betriebsrat nichts anderes übrig, als der Arbeiterschaft das Mandat zurückzugeben. Zu diesem Zweck wurde die Neuwahl auf den 6. August d. J. festgesetzt. Am 3. August kamen die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zusammen, in der die wunderbarsten rednerischen Saltos geschlagen wurden. Die verhassten Zentralgewerkschaften wurden von ausgesprochenen Syndikalisten besetzt. Unter anderem beteiligte sich hier auch ein Kandidat der U.S.P. aus Krefeld. Bereits eine Woche vor dieser freigeberischen Versammlung hatte die U.S.P. in dem gleichen Lokal eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Syndikalismus oder Diktatur des Proletariats?“ Hier war der Referent für die U.S.P. auf der oben angeführten Gewerkschaftsversammlung aber Propagandist des Syndikalismus, denn hier trat er dem Referenten, der, nebenbei bemerkt, auch bei der U.S.P. organisiert ist, entgegen. Die Kollegen bei der U.S.P. werden gut tun, sich diesen Mann einmal genau anzusehen. Auch die anderen Redner gegen die Gewerkschaften ergötzen sich an allerlei Krassheiten, so sagte u. a. einer: Hoch die Utopie! Bei allen diesen eifernden Redensarten laufen heute diesen Leuten noch eine ganze Anzahl Arbeiter nach. In einem Flugblatt fordern diese Leute die Arbeiter zur Wahlenthaltung auf, und leider ist ihnen ein großer Teil Arbeiter auf den Leim getreten. Dieses Flugblatt enthält nichts als Beschimpfungen gegen Arbeitervertreter im Betriebsrat der Friedrich-Alfred-Gütte und gegen die alteproletarischen Kampfmethoden. Nach dem Flugblatt sind die bisher auch von ihnen anerkannten zentralgewerkschaftlich organisierten Vertreter hohle Schwächer usw. Mit allen diesen Phrasen hat man es verstanden, die Arbeiterschaft der Friedrich-Alfred-Gütte zu spalten und von dem rechten Ziele, Bekämpfung des Kapitalismus, abzubringen. Nach Buchräuber-Manier schießen diese Leute ihre Giftspitze in das Herz der Arbeiterbewegung. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich aufraffen und diesen Phrasenhelden mit langen Haaren, die wirklich den Namen hohle Schwächer verdienen, das Handwerk legen. Welche Geistesgrößen diese Buchstaben sind, geht aus folgendem klar hervor: Im Maschinenbetrieb Stahlwerk verlangte man vor längerer Zeit, die Sonntagsarbeit einzuführen, wenn nicht restlos einzustellen. Einer dieser eifrigsten Treiber geht jeden Sonntag kellnern und die organisierten Gastwirtegebilden sind arbeitslos. Das sind Idealisten, die Arbeiterschaft mit solchen Vertrauensmännern ist verraten und verkauft. Für die gesamte Arbeiterschaft kann es nur eines geben: Augen auf, seht den Leuten nicht auf den Mund, sondern auf die Finger, im übrigen muß unsere Parole sein: Heraus aus der Freien Arbeiterunion und hinein in die Zentralgewerkschaften!

Gerswalde. Auch hier sollte ein neuer Geist einziehen und das konnte selbstverständlich nur durch die Betriebsorganisation geschehen. Fort mit den Gewerkschaften, da herrschen die Wozgen, die an ihrem Bolzen wie die Ketten leben. Keine Macht der Welt ist imstande, ihre Stellung zu erschüttern. Die hohen Gehälter werden nur für Verwaltungszwecke, für die hohen Gehälter der Wozgen und zu Unterhaltungszwecken verbraucht. Wir von der Betriebsorganisation brechen mit dem Alten, bauen eine neue herrliche Welt auf und sind revolutionär bis auf die Knochen! Wir sind die Einzigen, die den Kampf gegen den Kapitalismus ernsthaft führen! Darum heraus aus den Gewerkschaften, hinein in die Betriebsorganisation. Für 50 J. die Woche sollt ihr all die schönen Sachen haben, kommt nur zu uns! Ihr sollt selbst in den Betrieben das Hepter führen, niemand hat euch Vorschriften zu machen. So wurde der erstauft aufstrebenden Arbeiterschaft das neue Evangelium gepredigt. Donnerwetter, das sind doch wenigstens ganze Perle! Und am meisten haben es ihnen die gefühligen Betriebsräte angetan, von denen sie aber bei jeder Gelegenheit betreiben sein wollen! Wenn das alte befeichtigt, wird ein neues, freies Land errichtet von ihnen. In vielen Versammlungen haben wir uns mit den in den Bolzen schwebenden Agitatoren auseinandergesetzt, ihnen gesagt, daß wir gleich ihnen ernstlich beizutreten sind, die Revolution vorwärts zu treiben. Das kann aber nur durch Zusammenstoß, nicht durch Zerstückelung geschehen. Ein Teil der Kollegen schwante ab und ließ sich betören. Wir waren nun hoch erfreut, laßtere Bundesgenossen, wadere Kämpfer an unserer Seite zu finden! Aber leider wurden wir arg enttäuscht. Vergeblich warteten wir auf die erste Lat. Die Revolutionäre wollten auch bei den Verhandlungen mit den Unternehmern zugegen sein, wogegen wir nichts einzuwenden hatten. Wer nun aber glaubte, daß uns eine maßvolle Arbeit abgenommen worden sei, irte sich gewaltig. Wie die Ölgehörigen sagen die Revolutionäre da und jagten kein Wort! Jetzt ebdich kam die erste revolutionäre Lat. Am 3. September zog ein Trupp von circa 200 W.-D.-Leuten nach Feiertag zu den Arbeitern. Unser Kollege Kröger, Obmann des Werkes, Vorsteher des Bezirks, sollte ihnen Rede und Antwort stehen. Er besand sich mit dem Obmann eines andern Werkes im Spörneraum. Hier Mann kamen in den Raum mit den Worten: „Kröger, du sollst herauskommen!“ Er erwiderte: „Aber meine Person bestimme doch ich und nicht ihr.“ Darauf riefen sie den andern zu: „Kommt her, er will nicht herauskommen!“ Es drangen etwa 20 Mann herein und nach einem Handgemenge, wobei auch ein Kollege Kröger eingeschlagen wurde, rief ihn einer der Heiden mit einem Knüttel zu Boden und er wurde beschuldigt heranzuschleichen. „Du sollst uns hier Rede und Antwort stehen!“ Jemand wurde er gefragt, warum er den der Betriebsorganisation angehörigen Hauptagitor Gruppe nicht bei Adel eingestellt habe. Er jagte, die Einstellung von Arbeitslosen gehe durch den Arbeitsnachweis, Schuppe war noch in Arbeit, konnte also nicht eingestellt werden. Zur Charakterisierung des für die Betriebsorganisation agierenden Schuppe diese folgendes: Er war etwas über ein Jahr bei uns Mitglied, trotzdem er bereits in den dreißiger Jahren ist. Vor Ablauf des Jahres stellte er einen Unternehmungsantrag. Er wollte abgewiesen werden und ihn abweisend, nach einjähriger Mitgliedschaft den Antrag zu wiederholen. Das tat er und erhielt die Unterstüpfung. Das hindert ihn aber nicht, gegen die „Unterstützungsvereine“ zu protestieren. An seiner jüngeren Beschäftigungsstelle erhielt er die Kündigung. Der Obmann machte ihn darauf aufmerksam, innerhalb fünf Tagen bezogenen Entschädigung zu erheben. „Ich kann keine gefühligen Schlichtungsanstalten“, lautete die knäse Antwort. Das ihn aber nicht hinderte, nachher zum Schlichtungsamt zu gehen, von dem er wegen zu spät eroberten Entschädigung abgewiesen werden mußte. Es genierte den großen revolutionären Geist auch nicht, zum Betriebsleiter der Metallwerke persönlich wegen Arbeit in die Wohnung zu gehen! Nicht ein noch meiner Worten, aber nicht nach den Laten! Ein anderer Arbeitshänder antwortete auf die Frage Kröger, wo er vordem war: „Bei Wozze.“ Er hätte auch während der Berliner Sturmpfe gegen die Arbeiter gekämpft. Kröger sagte: Wenn du mit der Wozze in der Hand gegen die Arbeiter gekämpft wäst, wäst bei den Kollegen keine Segensprüche. Er wurde aber dennoch eingestellt, hohle oder noch einigen Tagen wieder auf. Nach langer Zeit wollte er durch Kröger wieder eingestellt werden. Als Kröger dies der Versammlung mitteilte, jagten sie zu dem Betriebsrat: „Du Schweinehund, dann hast du uns ja belogen!“ Kröger wurde Kröger gefragt, warum er nur Mitglieder des D. M. B. aufstellte. Er antwortete, es werden nur Organische eingestellt, gleichviel, wo sie organisiert sind. Überhaupt jammern sich alle gegen ihn, erheben Anfeindungen als völlig halbes heraus und werden von ihm widerlegt. Eine Fierde der Betriebsorganisation, Wozze, der von Kommunismus fesselt wie die Kuh vom Kollentagen verweist, sprach noch allerdings Dandemübergewandertes und die Versammlung rief: Wenn du bis Montag die Arbeitslosen nicht untergebracht hast, kommen wir wieder! Es verdient festgesetzt zu werden, daß die Erdhimmeln nicht durchweg Arbeitslose waren.

Hier selbst sind bei 6000 Metallarbeitern 26 arbeitslos, die durch unser Eingreifen restlos untergebracht werden. Kröger ist ein Kollege, der bisher das Menschenmögliche für die Arbeiterschaft geleistet hat in revolutionärem Sinne. So manchen harten Strauß hat er mit den Unternehmern ausgefochten und gerade gegen diesen Kollegen richtet sich die Wut! Es sollte aber ein Exempel statuiert werden, der Kampf gegen die eigenen Arbeitskollegen ist ja auch viel bequemer als gegen den Kapitalismus. Das sehen auch die Kollegen ein und müssenhaft verlangen sie ihre Mitgliedsbücher zurück und lehren der Betriebsorganisation den Rücken. 50 J. soll der Beitrag die Woche kosten, ständig wird aber der Klingelbeutel geschüttelt, eine Sammelkiste folgt der anderen! Was wurde denn selbst in Moskau den Gründern der Betriebsorganisation zugerufen? Sachlich besorgern sie die Geschäfte der Bourgeoisie! Stimmt, das haben wir ihnen schon immer gesagt, jetzt bekommen sie es von ihren eigenen Klassengenossen bestätigt. Wenn es ihnen ernst mit der Befreiung des Proletariats ist, kann man ihnen nur zurufen: Kämpft mit uns! Schüller, Schüller, Proletarier, vereint euch! M. Schrodol.

Betriebsräte. Die Betriebsräte der ehemaligen Reichsbetriebe erhielten wiederholt Zuschriften von einem Georg Waiß, Arbeitersekretär oder Verbandeleiter, München, Albrechtstr. 51. Dieser W. ist Leiter des „Demokratischen Arbeitnehmerverbandes“, früher in den Artilleriewerkstätten Münchens beschäftigt und bei der Gründung des „Selbstständigen Arbeiterverbandes“ beteiligt, dessen Geschäftsführer W. wurde. Nach der Resolution wurde die gelbe Plange auf den weniger anhängigen Namen umgetauft: „Demokratischer Arbeitnehmerverband“. Unsere Betriebsräte sind dahin zu unterrichten, daß die Zuschriften des Waiß unberücksichtigt bleiben, wie überhaupt der Schriftverkehr mit anderen Organisationen zweckmäßigerweise über unsere Verwaltungen geschehen muß.

Rundschau

Gewerkschaftliches.

Verschmelzung mit dem Kupfer- und Zinnverwand. Der Stuttgarter Verbandstag des D. M. B. beschloß, den Verband zur Industrieorganisation umzuwandeln. Zur Verwirklichung der schmerzlichen Schritte, die dem Proletariat bevorstehen, ist dies nötig. In der Gruppe Metallindustrie hat die Verschmelzung, außer den Kupferarbeitern, vorerst einmal mit dem Verband der Kupfer- und Zinnverwand zu erfolgen. Die Angehörigen dieses Verbandes sind nur in der Metallindustrie beschäftigt. Etwas anders liegt schließlich die Sache bei dem Verband der Maschinen- und Heizer, dessen Angehörige sind in aller Industrie zu finden. Zur Erhöhung der Schlagkraft der proletarischen Heere wird aber auch hier ein Weg gefunden werden müssen, damit diese unzweckmäßigen Verbände aus der Welt geschafft werden. In Ausführung der Verbandsratsbeschlüsse hat nun der Vorstand die Verhandlungen über die Verschmelzung mit den Kupfer- und Zinnverwand ausgenommen. Die Verhandlungen zeitigen Verbindungen, über deren Annahme die Mitgliedschaft durch Urabstimmung entscheiden sollte. (In Nr. 22 der M.-Z. haben wir darüber berichtet.)

Die Urabstimmung hat nunmehr stattgefunden. Sie brachte eine Ablehnung der Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband. Von den vorhandenen 6990 Mitgliedern haben 5908 oder 85,7 Prozent an der Abstimmung teilgenommen. Für die Verschmelzung stimmten 1493, dagegen 4368 Mitglieder; 47 Stimmen waren unguiltig.

Der Urabstimmung war eine reiche Diskussion im Verbandsorgan über das für und Wider vorausgegangen. Fast aus allen Zuschriften ging der Appell an die Tränendrüsen hervor: „Die Liebe und Anhänglichkeit zu unserer eigenen, selbständigen, stürmischen Organisation verbietet uns, in der Massenorganisation des D. M. B. unterzugehen.“ Viele glaubten, die Berufsorganisation aufrecht erhalten zu müssen, da sie nun schon 34 Jahre bestanden habe. Jedenfalls, alles in allem genommen, keine erhebenden Zeichen von Verständnis für die gewaltigen Erfordernisse der Entwicklung und der Zeit. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch in den Reihen der Kupfer- und Zinnverwand die Erkenntnis dämmert, daß das enge Berufsinteresse den Interessen der Allgemeinheit untergeordnet werden muß, wenn auch dadurch manche Vereinsjahre ihren strahlenden Glanz verlieren sollte.

Außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. In der Woche vom 12. bis 18. September tagte in Dresden die von 300 Delegierten besuchte außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Die Tagesordnung sah vor: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Organisatorischer Aufsatz des Verbandes, 3. Statutenberatung, 4. Wahlen und 5. Erledigung sonstiger Anträge. Auf Beschluß der Generalversammlung wurden als neue Verhandlungsgegenstände hinzugefügt: Die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, die Stellung zur Betriebsrätefrage und die Latit des Verbandes bei Gehalts- und Lohnbewegungen und in der Agitation.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde vom Vorsitzenden Schöffel eröffnet, der in sechsstündiger Rede auf die Tätigkeit des Vorstandes in der Berichtsperiode einging. Es handelte sich dabei um die Mitarbeit an den Lohnkämpfen, insbesondere am Reichslohnkampf, wobei die Schließung der Werkstätten, die Entlassung der Funktionäre und die Einführung der Altkorarbeit besonders erwähnt wurden, weiter um die Mitarbeit bei der Befolgsreform, die Wahlen von Betriebs- und Beamtenträgern usw.

Außer dem allgemeinen Bericht erläuterten der Hauptkassierer Dräger über die Kassenverhältnisse und der Redakteur Kogur über die Finanzen des Verbandes. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen im Jahre 1919 rund 9 Millionen, die Ausgaben 4 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen befreit sich auf 8 1/2 Millionen Mark. Als Korrespondenten zu den Geschäftsberichten sprachen Kammerer (München) zur Betriebsrätefrage.

Zur Durchführung der Neutralität und zur Vermeidung des Konfliktpotentials in Erfurt wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Eisenbahner unter allen Umständen zu verweigern. Zur Ausprägung dieses Entschlusses wurden Richtlinien aufgestellt. Die Vermeidung der Neutralität in Erfurt wird auch das Exekutivkomitee der Regierung gefordert, da sie nichts getan habe, um die Neutralität zu wahren. So ist es verständlich, wenn die Erfurter Kollegen diesen Schritt getan haben, denn auch die Organisation mit allen Mitteln für die Wiederherstellung der Entlassenen sorgen.

Zur Betriebsrätefrage gelangt eine Entschließung des Vorstandes zur Annahme, in der gebietet wird: die volle Anerkennung und Ausbau der gewählten Betriebsräte, beschleunigte Herbeiführung einer entsprechenden Beteiligung für die Beamtenträger durch Wahl von Beamtenträgern, das Recht der gemeinsamen Interessenvertretung für Beamte und Arbeiter, volles Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte und Beamtenträger auf allen Gebieten der Produktion, des Betriebes und der Verwaltung und die Übernahme aller durch die Wahlen, die Tätigkeit und die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenträger entstehenden Kosten durch die Verwaltung.

Aber den organisatorischen Aufbau des Verbandes referierte der Vorsitzende Brunner. Er empfahl die Bildung von Sektionen für a) Betriebsarbeiter, b) Beamtenträger, c) Hauptbeamte, d) technische Beamte, e) stationäre Beamte und f) Jugendliche.

Alles in den Werksbetrieben beschäftigte Personal ist zu einer Industrieorganisation zusammenzuschließen. Mit allen Berufsorganisationen sind Verhandlungen anzubahnen und in der Übergangszeit eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Die Verhandlungen sind zu beschleunigen.

Die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Organisationen sind alsbald in selbständige Sektionen der Industrieorganisation des Verbandslebens umzugliedern.

Zur Statutenberatung hatte der Vorstand einen Entwurf vorgelegt, der von der Statutenberatungskommission behandelt wurde. Der Vorschlag der Kommission, in den § 2 eine Fassung hineinzubringen, nach der der Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht und sein Ziel die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist, wurde abgelehnt. Die Beiträge betragen künftig in zwei Klassen 2 M. und 2,50 M. Daneben sind zwei Klassen zu 50 J. und 1 M. vorgelesen und zwar 50 J. für die Altersrentner und Invaliden und 1 M. für Lehrlinge und Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Zu den Unterstützungsleistungen ist eine Erwerbslosenunterstützung hinzugekommen, nach der im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit Unterstützung bis zum Betrage von 420 M. in einer Unterstützungsperiode gewährt wird. Die Unterstützung in Todesfällen hat eine Änderung infolgedessen erfahren, als Mitgliedern, die bei ihrem Eintritt in den Verband auf Erwerbslosenunterstützung verzichteten, das Sterbegeld in allen Fällen um 100 Prozent erhöht wird.

Die Vorstandswahlen zitierten folgendes Ergebnis: Vorsitzende Schöffel (Berlin), Bernhard (Mannheim), Kogur (Berlin); Kassierer Dräger (Berlin); besoldete Sekretäre Wiplich (Magdeburg), Freuning (Berlin), Jochabo (Berlin), Paulfuß (Berlin), Thielemann (Berlin), Wenzel (Weipzig); unbesoldete Vorstandsmitglieder Federn (Hamburg), Eysen (Köln), Güdel (Hannover), Sage (Halle), Ruhnke (Berlin), Hermann (Münster), Richter (Weipzig), Spanne: (München), Schacher (Erfurt), Schaffer (Breslau).

Als Ort des nächsten Verbandstages wird München bestimmt. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden Schöffel, in dem dem bisherigen Vorsitzenden Brunner der Dank für seine jahrelange Tätigkeit ausgesprochen wird, wurde der Verbandstag geschlossen.

Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschen Metallarb.-Verband und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Dresden.

Wie alle Gewerkschaften, hat auch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband seit der Revolution einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen und schloß ebenfalls Tarifverträge ab. Da in Dresden nur städtische Betriebe, in welchen ein großer Teil Metallarbeiter beschäftigt ist, in Frage kommen, ist der Wunsch, bei Tarifverhandlungen vertreten zu sein, begreiflich. Bisher sind die Anträge vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband immer abgelehnt worden mit der Begründung, die Metallarbeiter stellen nur einen kleinen Teil der Beschäftigten dar, außerdem siehe der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband auf dem Boden der Betriebsorganisation. Bei den letzten Verhandlungen, zu welchen sich die Metallarbeiter einfanden, wurde die eventuelle Teilnahme von dem Nachweis der zu vertretenden Mitglieder abhängig gemacht. Deshalb fand am 20. August in den Annenpforten (Zentralhalle) eine Versammlung der in städtischen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter statt. Der Referent, Kollege Schmidt vom D. M. B., sprach über das Thema: „Wo gehören wir hin?“ Einleitend bedauerte er, daß überhaupt dieses Thema erörtert werden muß, hätte doch der letzte Gewerkschaftskongress die Frage klar in den Satzungen des Gewerkschaftsbundes festgelegt. Es sei aber unbedingte Notwendigkeit, darüber zu sprechen, um endlich Klarheit zwischen beiden Verbänden zu bekommen. Redner schilderte das Benehmen der Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes vor den Arbeitgebern bei den letzten Lohnverhandlungen, kritisierte die Stellungnahme der Betriebsratsmitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Diefelben gingen soweit, daß selbst bei den örtlichen Verhandlungen Betriebsratsmitglieder, welche anderen Organisationen angehören, nicht zugelassen wurden. Liegen dieser Angelegenheit ist Beschwerde beim Ortsausschuß erhoben worden. Bei Verhandlung derselben verdeckten sich die Kollegen Preißler und Seiber hinter die Tarifkommission. Zur Frage der Übertritt mußte auch ein scharfes Wort gesprochen werden, nicht doch den Facharbeitern der Übertritt in ihre Berufsorganisation mit der Begründung verweigert, daß für alle in städtischen Betrieben Beschäftigte nur der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Frage käme. Nachdem Redner noch dem Mantelarif einige Worte gewidmet, verlangte er von den Anwesenden, die Frage: „Wo gehören wir hin?“ zu prüfen und dementsprechend zu handeln. In der Debatte versuchte Kollege Förster vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Streitigkeiten als harmlos hinzustellen. Er behauptete, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband vor der Revolution für die städtischen Arbeiter eingetreten sei, und habe sich damals auch keine andere Organisation um die Metallarbeiter gekümmert, deshalb kämen sie auch jetzt noch als alleinige Träger in Frage. Außerdem ständen sie auf dem Boden der Betriebsorganisation. Alle übrigen Redner sprachen im Sinne des Referenten. Kollege Schmidt hob in seinem Schlußwort ausdrücklich hervor, daß auch früher in Friedenszeit die Lohnforderungen der Metallarbeiter stets nach Verhandlung des D. M. B. mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband aufgestellt worden sind. Er hofft, daß durch die heutige Aussprache sich ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiterschaft in den Gemeindebetrieben entwickeln wird und die Kollegen des Gemeindearbeiterverbandes die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses in Nürnberg in Zukunft beachten werden.

Vorsicht bei Arbeitsannahme.

Es ist in letzter Zeit viel zu beobachten, daß Kollegen durch Anregung der Arbeitsnachweise, durch die Auskunft einzelner Verwaltungen und auch aus eigener Veranlassung sich in das Industriegebiet Rheinland-Westfalens begeben, um dort Arbeit zu suchen. Besonders das Essener Gebiet wird stark mit Arbeitssuchenden überlaufen. In diesem Industriegebiet hat die Krise ebenfalls, wie überall im Reich, Laufende unserer Kollegen brotlos gemacht. Die zugewanderten Kollegen ziehen daher in fast allen Fällen um eine Entschädigung reicher wieder ab, nachdem dieselben ihre Geldmittel durch Reise- und Unterhaltskosten aufgebraucht haben. Wir ermahnen die Verwaltungen, die arbeitslosen Kollegen darauf hinzuweisen, bevor dieselben in das Industriegebiet reisen, sich vorher bei den zuständigen Ortsverwaltungen zu erkundigen, ob Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Diese Anregung dürfte auch allgemein für alle Bezirke des Reiches Geltung haben.

Verbands-Anzeigen

Ungefitte gesucht. mit delichen Feuerungsanschlägen. Dienstjohre kommen eventuell zur Anrechnung. Respektiert wird auf gute Kraft. Bewerbungen bis spätestens 20. Oktober an W. Liebe, Dresden-N., Poststr. 21. **Zweitbräuen.** Zum weiteren Geschäftsführer wurde der Kollege Karl Vied (Lauterbach) gewählt. Allen übrigen Bewerbungen besten Dank.

Sonstige Anzeigen

1-2 Gelbgießer gesucht. Nur Leute mit guten melben. Tariflohn, hohe Werkstücke. Für einen Beamtenträger kann Wohnung zur Verfügung gestellt werden. **Maschinenfabrik Albert Seinemann, Müllers L. S.** Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rößelstraße 16 B.